

Offener Brief an die Bundesministerin der Justiz Frau Brigitte Zypries

14. September 2009

Sehr geehrte Frau Zypries,

der NDR wollte am 29. Juli 2009 zu bester Sendezeit die Studie Ihres Ministeriums „*Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften*“ zur Diskussion stellen. Diese Studie haben Sie beim Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg in Auftrag gegeben. Leiterin war Frau Dr. M. Rupp. Allerdings musste der NDR sein Programm ändern, weil Frau Dr. Rupp kurzfristig absagte: *Sie diskutiere prinzipiell nicht mit Prof. Amendt!*

Eine solche Weigerung ist inakzeptabel von einer Forscherin, die im Auftrag Ihres Ministeriums zur Sinnfälligkeit eines folgenreichen Gesetzes arbeitet. Denn eine Forscherin, die ihre Ergebnisse nicht diskutieren will, stellt nicht nur das Wesen von Wissenschaft in Frage, sondern sie begründet den Verdacht, dass ihre Ergebnisse einer kritischen Überprüfung nicht standhalten. Gerade das könnte hier der Fall sein, da Frau Dr. Rupp sich so verhält, als sei sie der „*feministischen Parteilichkeit*“ – eben *advocacy research* – verpflichtet. Dieser „parteilichen“ Forschung kommt es zuallererst auf das Durchboxen politischer Ziele an – hier Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Lebenspartner – und nicht mehr auf die Methoden und Ergebnisse der Wissenschaft. Solche „Parteilichkeit“ in der Forschung geht zu Lasten von Kindern, die in gleichgeschlechtliche Partnerschaften – nach Ihrer Gesetzesabsicht – adoptiert werden sollen. Das wirft übrigens auch die Frage auf, ob Frau Dr. Rupp in ihren früheren thematisch ähnlichen Projekten bereits von „parteilich-feministischen“ Motiven geleitet war. Solche Parteilichkeit bringt obendrein die Begründung Ihres Gesetzesvorhabens in Misskredit, denn mit einer Studie, die der Kritik entzogen wird, lässt sich ein Gesetz nicht vertreten. Ich nehme an, dass der Diskussionsverweigerung von Frau Dr. Rupp meine aus den Perspektiven der Kinder orientierten Überlegungen zugrunde liegen, die sich von ihren euphorischbedenkenlosen Schlussfolgerungen erheblich unterscheiden. Veröffentlicht habe ich diese im *LEVIATHAN – Zeitschrift für Sozialwissenschaft* (2/2002) und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Nr. 260/2002).

Im Übrigen wage ich nicht zu denken, dass Ihr Ministerium die Weisung erteilt haben könnte, diese Diskussion nicht zu führen, oder dass auf Grund manifester Gesinnungspartnerschaften zu Ihrem Haus der NDR-Boykott möglich wurde. Dass ein solches Gebaren einer Forscherin überhaupt möglich ist, deutet darauf hin, dass bundesministerielle Forschungsprojekte ein Leben jenseits der Standards der *Scientific Community* führen können. Ich fordere Sie deshalb auf, nur solche Forscher und Forscherinnen zukünftig zu beauftragen, deren Arbeit über dem schwerwiegenden Verdacht steht, maßgeschneidert für eine Klientel zu sein.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Amendt

Gerhard Amendt, Prof. Dr.

Professor für Soziologie, Leiter des Instituts für Geschlechter- und Generationenforschung der Universität Bremen.